

## Haushaltsrede 2025

Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Leva, sehr geehrte Beigeordnete\*in, liebe Ratskolleg\*innen, sehr geehrte Damen und Herren.

Das Jahr 2024 hat zu den bereits vorhandenen Problemen und Krisen leider weitere hinzugefügt. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bleiben kompliziert und herausfordernd. Verunsicherung, Sorge um den Arbeitsplatz oder finanziell überfordert zu werden, belastet weiterhin viele Menschen bei uns. Wir erleben, dass rechtsradikales Gedankengut Raum greift.

Das macht verständlicherweise vielen Menschen Sorge und Angst und überlagert leider vieles für das wir stehen, für stabile, robuste demokratische Prozesse und Rechtsstaatlichkeit, für Aussöhnung, den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen, für Frieden und Toleranz. Die Wirtschaft Deutschlands ist die größte Volkswirtschaft Europas und die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit, auch darauf können und sollten wir stolz sein. Für all dies müssen wir aktiv eintreten, aber auch neue Wege und Problemlösungsmodelle finden.

Gemeinsam mit der Gemeinde müssen wir in den politischen Gremien die politische Kraft und den politischen Willen entwickeln, um Sorge dafür zu tragen, dass sich alle Mitbürger\*innen in unserer Dorfgemeinschaft gut aufgehoben, sicher und ernstgenommen fühlen. Wir sind eine gut aufgestellte Gemeinde und haben derzeit noch den finanziellen Spielraum um unsere Dorfentwicklung gestalten zu können. Wir haben eine gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, eine gute konstruktive Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und einen Bürgermeister, der auf Dialog setzt.

Wir brauchen das gemeinsame Ziel, Gemeinschaft aktiv zu fördern und zukunftsorientiert zu Managen. Durch die steigende Komplexität der Aufgaben sollten wir es als gemeinsame Verantwortung sehen, Themen strategisch und kreativ, aber auch im volkswirtschaftlichen Gesamtkonsens zu sehen, Folgewirkungen zu berücksichtigen und nach den langfristig besten und nachhaltigsten Lösungsansätzen zu streben. Dies kann gelingen, wenn wir alle bereit sind, neue gedankliche Ansätze und neue Wege der Problemlösung gemeinsam zu initiieren.

Damit dies gelingen kann, brauchen wir eine personell ausreichend ausgestattete Verwaltung sowie einen zügigen Fortschritt bei der Digitalisierung, damit die Beschäftigten ihr Engagement und Können statt für die Bewältigung von Routinearbeit für wichtige Zukunftsaufgaben einsetzen können. Wir sehen es leider als falsches Signal, dass die Anzahl der Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, notwendig wäre eigentlich genau das Gegenteil.

In der Planung für 2025 vermissen wir einen strategischen Ansatz der Personalarbeit sowie den organisatorischen und finanziellen Ansatz für eine Organisationsentwicklung wie dies beispielsweise der Kreis nun angeht. Mit einer solchen Maßnahme könnten gemeinsame Vereinbarungen für eine moderne Führungsarbeit erarbeitet werden. Durch die Übertragung von mehr Kompetenz und Verantwortung auf die Mitarbeiter, könnte sich die

Gemeinde als moderner und attraktiver Arbeitgeber positionieren und zusätzlich bei den Mitarbeiter\*innen Freiraum für spannende, strategische Aufgaben schaffen.

Um auch bei einer schwieriger werdenden Haushaltslage Aufgaben und wichtige Zukunftsinvestitionen stemmen zu können, werden wir zukünftig stärker auf Fördermittel angewiesen sein. Wir beantragen die Stelle eines Fördermittelmanagers, um für die Gemeinde eine möglichst große Anzahl von zur Verfügung stehenden Fördermittel bzw. Förderprogramme von Seiten des Landes, aber auch des Bundes an Land ziehen zu können und dadurch Möglichkeiten für deutlich mehr unterstützende Gemeinwohlprojekte zu schaffen. Es geht dabei um Projekte wie ein Haus der Familie, mehr Kulturarbeit und mehr Klimaschutz. Eine solche Stelle könnte Expertise bündeln und binden, wäre eine Entlastung der restlichen Mitarbeiter\*innen und würde sich auf Dauer selbst finanzieren.

Im Rahmen des anstehenden Transformationsprozesses ist es wichtig und notwendig, dass die Kommune mit gutem Beispiel vorangeht. Die Bürger\*innen brauchen die Planungssicherheit einer kommunalen Wärmeplanung. Mit unserem Antrag aus dem Jahr 2023 wollten wir dazu die Weichen stellen. Die Kommune hat die erforderlichen Mittel erst für 2026 vorgesehen. Damit sehen wir die Gemeinde leider nicht mit gutem Beispiel vorangehen, da nur die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Wärmekonzeptes für die Kommune, dem Bürger Klarheit für sein eigenes zukünftiges Wärmekonzept gibt. Das Land wird die Kosten für die kommunale Wärmeplanung überwiegend tragen.

Leider ist es noch immer so, dass die Kommune bisher kaum Photovoltaikanlagen installiert hat. Um bei diesem wichtigen Thema voranzukommen, sollten wir auf dem Dach des Palatinums die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage gemeinsam mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz und der bürgerINnergie eG prüfen, zumal wir früher oder später den Strom vom Dach des Palatinums für eine Wärmepumpe brauchen werden. Auch bietet sich dort ein Stromkreisbilanzmodell an, wodurch der Strom auch für andere Liegenschaften der Gemeinde genutzt werden könnte. Der weitere Ausbau von Photovoltaikanlagen ist ein Anliegen, für das wir uns von Seiten der Fraktion schon seit vielen Jahren einsetzen, deswegen begrüßen wir es, dass die Gemeinde im Haushalt für 2025 Gelder zur Förderung von Balkonkraftwerken eingestellt hat.

Die Verantwortung für eine gute Daseinsvorsorge ist für eine Gemeinde wesentlich umfassender und weitreichender als man zunächst vermuten würde und geht weit über die eigenen Ortsgrenzen hinaus. Eine wertschätzende Arbeit, ein sicheres Arbeitsverhältnis sowie ein verlässliches Einkommen sind für Menschen wichtige Voraussetzungen um sich in der Gesellschaft angenommen zu fühlen. Die jährlichen Reinigungskosten bei der Gemeinde belaufen sich auf ca. 470.000 € und sind extern vergeben. Wir setzen uns daher weiter dafür ein wieder vermehrt auf eigenes Reinigungspersonal zu setzen, so können wir sicherstellen, dass Sozialstandards, Faire Löhne usw. eingehalten werden. Für uns gilt das aber auch an anderer Stelle: Wir brauchen das gemeinsame politische Verständnis, dass wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die Politik verspielen, wenn wir bei der Vergabe von Aufträgen nicht alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Kontrollmöglichkeiten konsequent nutzen, um die Firmen zu schützen, die Tariflohn zahlen, junge Menschen ausbilden, sich mitarbeiterorientiert verhalten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen und nicht die uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten nutzen, die Firmen zu sanktionieren, die sich nicht gesetzeskonform arbeiten.

Die jährlichen Kosten der Gemeinde für Strom, Gas und Holzhackschnitzel belaufen sich auf ca. 600.000 €. Unser gemeinsames Anliegen sollte daher sein, durch gezielte Investitionen in den Klimaschutz Vorbildcharakter zu übernehmen und für die Gemeinde langfristig Energiekosten einzusparen. Deswegen haben wir von Seiten der Fraktion bereits im Jahr 2023 den Antrag auf die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine Nahwärmeversorgung der kommunalen Einrichtungen gestellt. Wir regen an, dass wir zeitnah in konkrete Planungen für eine solche nachhaltige Wärmeversorgung des Ortskerns einsteigen. Ein Sondenfeld auf dem Messplatz würde es auch vielen Anliegern ermöglichen günstige Wärme zu beziehen.

In der Kommune wird das Thema „Schwammstadt“ diskutiert. In Folge des sich immer deutlicher zeigenden Klimawandels, sollten wir möglichst schnell umfassend alle Möglichkeiten einer Entsiegelung umsetzen. Bei jährlich anfallenden Kosten für Wasser, und Abwasser in Höhe von ca. 450.000 € hätte eine konsequente Entsiegelung zusätzlich ein Einsparpotenzial bei den Abwasserkosten zur Folge. Grundsätzlich gilt es, sich deutlich verstärkter mit den Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen. Schatten, kühlende Bäume, Entsiegelung: Für alte Menschen und Kinder wird dies in Zukunft überlebenswichtig. Wir sollten dieses Thema in einem Gesamtkonzept angehen.

Zu einer guten Daseinsvorsorge gehört auch, Kindern und Jugendlichen genügend abwechslungsreiche Aufenthaltsflächen anbieten zu können und in die Planung und den Bau mit einzubeziehen; genügend Kitaplätze anbieten zu können, die so gestaltet sind, dass sie die natürliche Neugierde der Kinder aktiv fördern und den Kindern vielfältige Aktionen im Außenbereich ermöglichen; genügend Raum für Grundschulkinder zu haben und die Schulen als ein ansprechendes und alle Sinne inspirierendes und förderndes Lernzuhaus zu gestalten.

Mit dem Spatenstich für den Kindercampus ist ein positiver Meilenstein zur Reduzierung der fehlenden Kitaplätze und dem fehlenden Raumangebot für unsere Grundschulkinder getan. Aktuell, aber auch nach der Fertigstellung des Kindercampus, fehlen Kitaplätze. Dass die Gemeinde derzeit auf der Suche nach einem passenden Grundstück für die dringend notwendige weitere Kita ist, ist zunächst mal ein gutes positives Signal. Wir hätten es als starkes Signal gesehen, wenn die Kommune ihre Zusage für die weitere Kita auch formal im Haushalt abgebildet hätte, wir vertrauen aber darauf, dass die Gemeinde, sobald die Grundstücksfrage geklärt ist, noch in diesem Jahr in den Planungsprozess für die neue Kita einsteigt. Wir brauchen diesen Kraftakt der Gemeinde um den massiven Mangel an Kitaplätzen abzubauen. Fehlende Kitaplätze bringen Familien in Not und Fachkräfte nicht auf den Arbeitsmarkt. Wir setzen uns weiterhin für die Errichtung einer Waldkita ein, da damit relativ kurzfristig Kitaplätze aufgebaut werden könnten. Einen konkreten Standortvorschlag haben wir unterbreitet. Zusätzlich sollten wir uns in den Gremien mit einer weiteren relativ kurzfristig zu realisierenden Lösung beschäftigen, dem Übergangskonzept einer Kita in Schnellbauweise. Wir knüpfen damit an unseren Vorschlag an, den wir bereits vor 5 Jahren eingebracht haben. Für diesen Vorschlag wurde uns damals mangelnde Fachkompetenz unterstellt. Hätte man den Vorschlag aufgegriffen und umgesetzt, würden uns aktuell wesentlich weniger Kitaplätze fehlen.

Derzeit können wir auch in den Grundschulen den notwendigen Raumbedarf nicht abdecken. Es mussten Not- bzw. Zwischenlösungen mit ausgelagerten Klassen bzw. Containerräumen geschaffen werden. Bei all diesen Not- und Zwischenlösungen müssen

aber immer die Bedürfnisse der Schulkinder, die jetzt aktuell die Pestalozzi-Schule besuchen, im Vordergrund stehen. Wir haben daher konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Pausengestaltung im Sinne der Kinder deutlich aufgewertet wird. Erwachsene können Bedürfnisse leicht zurückstellen, Grundschul Kinder durchlaufen jetzt unmittelbar und nicht nachholbar kindliche Entwicklungsprozesse und können nicht warten bis der Kindercampus fertig ist. Für den Kindercampus, aber auch für die Mandelgrabenschule sollte uns wichtig sein, dass in den Gebäuden ein „Lernzu Hause“ entsteht, ein Ort, an dem sich Kinder gerne aufhalten, geborgen fühlen und Spaß am Lernen und Begreifen entwickeln können. Dass neben den Klassenräumen auch Räume zum Toben, Musizieren, sich Ausprobieren, zum Forschen, zum Spielen und Basteln, zum Gärtnern und Kochen entstehen, ergänzt um das Angebot eines hoch- und vollwertigen Mittagessens. Durch die Zusage der Gemeinde für die Ausschreibungen und Ausführungen die Eckpunkte des Antrages für ein nachhaltiges kommunales Bauen anzuwenden, sollte ein zukunftsorientiertes nachhaltiges Gebäude entstehen.

Auch in diesem Jahr haben im Sozialausschuss die Schulleitungen auf die schwierige Situation der Schulen und vieler Kinder aufmerksam gemacht. Allen Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu gewähren, sollten wir als fraktionsübergreifende Aufgabe annehmen. Wir würden deswegen gerne erneut den Vorschlag einbringen, dass alle Beteiligte in einem extern moderierten Workshop gemeinsam lösungsorientierte Konzepte erarbeiten können.

Für die Kinder- und Jugendliche in der Gemeinde ist es gut und wichtig, dass es mit der Eröffnung der „Jugendpforte“ wieder einen zentralen und fachlich betreuten Jugendtreffpunkt gibt. Wir wünschen dem Team der Jugendpforte einen guten Start und den Kindern- und Jugendlichen eine gute Anlaufstelle zum Reden, Lernen, Spielen, Kreativ sein, Einüben sozialer Kompetenz und der Einbindung in Gemeinschaft. Jugendarbeit wird auch durch Mitbestimmung geprägt. Wir sollten daher zügig mit den Vorbereitungen zur Wahl einer Jugendvertretung beginnen.

Zu einer notwendigen Daseinsvorsorge gehört auch das Vorhandensein von genügend bezahlbarem Wohnraum. Aktuell entstehen der Gemeinde für die Anmietung von Wohnraum jährliche Kosten in Höhe von 300.000 €. Fehlender bezahlbarer Wohnraum birgt die Gefahr einer nicht zu unterschätzenden sozialen Sprengkraft. Wir müssen diese Problematik in den politischen Gremien ernst nehmen und gemeinsam ins Handeln kommen. Der Haushaltsplan sieht jedoch erst für das Jahr 2027 Mittel für den sozialen Wohnungsbau vor, das ist als Lösung auf die aktuelle Situation zu spät. Fraktionsübergreifend und gemeinsam mit der Gemeinde stehen wir in der Verantwortung nach Lösungswegen für mehr bezahlbaren Wohnraum zu suchen. Dafür müssen wir zukünftig Investoren und Bauträger deutlich mehr in die Verantwortung nehmen und selbst mehr Projekte anstoßen, dabei wäre es wichtig auch das Konzept von Genossenschaftsmodellen in die Überlegungen und Diskussionen mit einbeziehen. Ebenso sollten auch die verschiedensten gemeinsamen Modelle zwischen Kommune, Kirchengemeinden, Kreiswohnungsverband, evtl. zukünftigen Genossenschaftsmodellen oder weiteren Gemeinwohlorientierten Trägern erarbeitet und diskutiert werden, damit zusätzlich zu bezahlbarem Wohnraum auch Wohngruppen für Menschen mit Einschränkungen oder alternative Wohnformen für ältere Menschen und nachbarschaftsfreundliche Quartierskonzepte entstehen können, um so auch im Alter selbstbestimmt in Gemeinschaft leben zu können.

Für eine lebendige Gemeinschaft brauchen wir einen attraktiven lebendigen Ortskern mit einem vielfältigen Angebot an Einzelhandelsgeschäften, mit mehr Grün und mit Raum für Begegnung und Kommunikation. Unser gemeinsames Anliegen sollte deswegen darauf ausgerichtet sein, vorhandene Kaufkraft in Mutterstadt zu halten und zusätzlich zum Ortskern weitere Plätze, Örtlichkeiten, Räume oder Straßen als attraktive Orte der Kommunikation und Begegnung zu gestalten oder weiterzuentwickeln. Konkret hatten wir unter anderem bereits Vorschläge für die Aufwertung des Blockfelds eingebracht. Unser jahrelanges Bemühen für Temporeduzierungen und sicherere Schul- und Fahrradwege ist Teil politischer Entscheidungsprozesse geworden, Mutterstadt kann nun endlich auch fußgänger- und fahrradfreundlicher werden.

Damit sich Menschen in der Dorfgemeinschaft aufgehoben und angenommen fühlen, wird es immer wichtiger, dass wir Gemeinschaft aktiv fördern und managen. Noch gibt es in der Gemeinde ein aktives und lebhaftes Vereinsleben, das aktuell auch immer noch den Zusammenhalt und die Gemeinschaft in der Gemeinde trägt. Wir müssen aber auch erkennen, dass sich derzeit, Strukturen und Einstellungen verändern, dass gelebte Gemeinschaft nicht mehr in der gewohnten selbstverständlichen Art und Weise wie in den letzten 50 Jahren funktioniert. Damit das, was mit ehrenamtlichem Engagement in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde, nicht verloren geht, brauchen die Vereine unsere Unterstützung. Als Einstieg für eine gut gemanagte Gemeinschaft hatten wir bereits im letzten Jahr einen Zukunftsworkshop mit allen Vereinen und Institutionen vorgeschlagen, wo in einem ersten Schritt Bedarfe und Zukunftskonzepte für Räume erarbeitet werden könnten. Unser gemeinsames Ziel sollte sein, finanziell tragbare Konzepte für das Haus der Vereine, die Neue Pforte, das Palatinum und das Haus der Senioren im Zusammenhang mit den Räumen der Kirchen zu entwickeln. Eine Perspektive könnte das Konzept eines „Mehrgenerationenhauses“ für die Liegenschaften im Ortskern bieten. Mit dem Umzug der Gemeindebibliothek in das Obergeschoß der Neuen Pforte ist die Generalsanierung der Neuen Pforte gestartet. Da es sich hierbei um eine erhebliche Investition handeln wird, wäre ein schlüssiges Gesamtkonzept vor dem Start der Sanierung des Obergeschosses wünschenswert.

Das wichtigste Fundament für unsere Dorfgemeinschaft ist das Zusammenleben mit gegenseitigem Respekt und Achtung ohne Diskriminierung und Ausgrenzung aller hier lebenden Menschen, das ist nicht selbstverständlich. Dafür sagen wir danke. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, dass dem so ist, leisten die vielen ehrenamtlich engagierten Mutterstädter\*innen, auch dafür möchten wir uns bedanken. Besonderen Dank gebührt insbesondere den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr. Wir möchten uns aber auch bei den Fraktionen, bei den Beigeordneten Andrea Franz, Frank Pfannebecker, Hartmut Kegel und bei dir Thorsten sowie bei der Gemeindeverwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Dank dieser konstruktiven Zusammenarbeit sollten wir uns in der gemeinsamen Verantwortung sehen, die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen zügig anzugehen und konsequent für eine Umsetzung zu arbeiten, dafür würden wir uns von Seiten der Fraktion gerne auch weiterhin einsetzen.

Dem Haushalt für das Jahr 2025 können wir zustimmen.

Bündnis 90/Die Grünen